

# Schüler zwingen Johnson in die Knie

*Die britische Regierung macht eine Kehrtwende beim umstrittenen Benotungsalgorithmus*

NIKLAUS NUSPLIGER

Wie sollen die Leistungen von Maturanden bewertet werden, wenn wegen der Corona-Krise die Abschlussprüfungen ausfallen? Solche Fragen hat die Pandemie in den letzten Monaten vielerorts aufgeworfen. In Grossbritannien aber hat das gewählte Verfahren zur Bestimmung der A-Level-Abschlussnoten wütende Proteste von Maturanden ausgelöst, die die Regierung von Boris Johnson zu einer ebenso spektakulären wie peinlichen Kehrtwende gezwungen haben. Die oppositionelle Labour-Partei warf der Regierung Inkompetenz vor, und die Presse nahm am Dienstag insbesondere den Erziehungsminister Gavin Williamson ins Visier. Die regierungstreue Boulevardzeitung «Daily Mail» zeichnete Johnson und Williamson auf der Titelseite in der Gestalt der tollpatschigen Komiker Laurel und Hardy, und die ebenfalls konservative «Sun» gab der Regierung die Note «F für Farce». Obwohl Johnson an seinem loyalen Erziehungsminister festhalten will, ist ungewiss, wie lange sich dieser noch im Amt wird halten können.

## Ungleichheiten verstärkt

Williamson hatte im Frühling zur Bestimmung der A-Level-Noten ein Verfahren ausgewählt, das an einen billigen Science-Fiction-Film über die Herrschaft von Computern und Robotern erinnert. Da die Vorschlagsnoten der Lehrpersonen in der Regel höher ausfallen als die Prüfungsergebnisse der Schüler, sollte ein Algorithmus dafür sorgen,

dass der Notendurchschnitt der Maturanden auf ein Durchschnittsniveau der vergangenen Jahre gedrückt wird. Damit wollte Williamson verhindern, dass die A-Levels-Absolventen aus dem Corona-Jahr 2020 im Vergleich zu anderen Jahrgängen bevorzugt werden.

Der Algorithmus stützte sich zu einem wesentlichen Teil auch auf den Notendurchschnitt eines Gymnasiums in früheren Jahren. Bei der Veröffentlichung der Maturanoten letzte Woche hatte dies zur Folge, dass rund 40 Prozent aller Schüler bis um drei Notenpunkte schlechter wegkamen, als die Lehrer vorgeschlagen hatten. Für Empörung sorgte, dass diese Schüler keinerlei Gelegenheit erhielten, ihr individuelles Können unter Beweis zu stellen. Zudem bevorzugte der Algorithmus die Gymnasiasten aus Elite-Institutionen, während leistungsstarke Schüler aus sozial benachteiligten Schichten an staatlichen Gymnasien die Zeche zahlten.

Die Maturanden versammelten sich zu Demonstrationen, und in den Medien kamen Schüler aus öffentlichen Schulen zu Wort, die ihren Traum vom Studium an einer Spitzenuniversität durch den anonymen Algorithmus der Bildungsbürokraten zerstört sahen. Dennoch schloss Williamson noch am Samstag Änderungen und Kehrtwenden aus und verwies auf Rekursmöglichkeiten. Doch da auch der Druck von Hinterbänklern der Konservativen Partei markant zunahm, blies die Regierung am Montagnachmittag kleinteil zum Rückzug. Nun sollen doch die Empfehlungen der Lehrer für die Bestimmung der Maturanoten ausschlaggebend

sein, wobei Schüler, die vom Algorithmus profitierten, auch die künstlich nach oben korrigierte Note verwenden dürfen.

## Politisches Gespür fehlt

Damit tritt ein, was die Regierung verhindern wollte: Der Notendurchschnitt des Maturandenjahrgangs 2020 wird erst recht aufgebläht, was nicht nur Ungerechtigkeiten im Vergleich zu anderen Jahrgängen schafft, sondern auch die Universitäten vor akute Herausforderungen stellt. Da nun mehr Maturanden als erwartet die Kriterien für das Studium an ihrer bevorzugten Universität erfüllen, müssen die beliebtesten Hochschulen entweder Möglichkeiten finden, Studenten abzuweisen, oder zusätzliche Studienplätze schaffen, wobei dies in Zeiten von Social Distancing nicht einfach ist. Etwas entschärft hat sich die Lage aber insofern, als die Pandemie zu einem Rückgang ausländischer Studenten an britischen Universitäten führt.

Unverständlich ist, dass die Regierung und die Bildungsbehörden die Probleme nicht antizipiert hatten. In Schottland hatten Proteste von Maturanden die Regionalregierung in die Knie gezwungen, was in London hätte Alarm auslösen müssen. Doch nach spektakulären Kehrtwenden rund um kostenlose Mahlzeiten für Schulkinder oder Gebühren für ausländisches Gesundheitspersonal verfestigt sich das Bild einer britischen Regierung, die bei heiklen Entscheiden politisches Gespür vermissen lässt und ihren Kurs nach einer Welle der Empörung dann doch korrigiert.